

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1926

50 (1.3.1926)

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark, Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Redaktion, Druck und Verlag: Adolf Dups, Durlach, Mittelstr. 6, Fernsprecher 204. Postfachkonto Karlsruhe Nr. 10 101.



Anzeigeberechnung: Die 8 gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag 1/2 Uhr vorm. Für Plakatschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezahler keine Ansprüche bei verspätetem od. Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 50

Montag, den 1. März 1926

96. Jahrgang

Rundgebung der Reichsregierung.

In stiller Trauer gedenkt das deutsche Volk am heutigen Tage seiner Brüder, die in dem größten aller Kriege ihr Leben gaben für die Verteidigung der Heimat.

Sür uns sind sie in den Tod gegangen. An den Gräbern unserer Gefallenen, die sich für uns alle opfereten, soll die Zwietracht schweigen. Mahnend steht vor uns das deutsche Leid, das heilige Opfer der im Kriege Gebliebenen, die starben, damit Deutschland lebe.

Aus dem Leid wuchs immer des deutschen Volkes höchste Kraft. Wenn heute die Flaggen halbmast wehen, wenn große Scharen sich zu würdigen Gedächtnisfeiern still vereinen, soll der Entschluß in uns sich festigen, im Glauben an Deutschland das Wort zu verwirklichen:

„Nimmer wird das Reich zerstört,
Wenn Ihr einig seid und treu!“

Berlin, den 28. Februar 1926.

Der Reichspräsident:
von Hindenburg

Die Reichsregierung:
Dr. Luther

Kurze Tagesübersicht

Nach englischen Meldungen will man in Völkerbundsreisen ein Kompromiß schließen, daß mit Deutschland auch Spanien in den Völkerbundsrat kommt und Polen dann einen nichtständigen Ratsitz erhält.

Die sächsische Regierung erklärt, daß für Sachsen die Fürstenabfindung rechtsgültig erledigt ist.

Abd el Keim soll Tetuan täglich beschließen und große Verluste an Menschenleben verursachen.

Briand hat in der Kammer den Locarnovertrag in der „neuen europäischen Sprache“ verteidigt. Am Samstag hat dann die Kammer die Verträge genehmigt.

Gegen die Erweiterung der Völkerbundsrats haben sich Schweden, Norwegen und Holland ausgesprochen, Brasilien verzichtet vorläufig.

Noch keine Klärung

Mit jedem Tag, der uns der Frühjahrsstagung des Völkerbundes näherbringt, mehren sich die Anträge der Nationen, die einen ständigen Ratsitz verlangen. Erst erschienen Polen auf der Bildfläche, dann kam Spanien mit seinem Antrag und Brasilien konnte hinter dem Mutterlande der spanisch-sprechenden Völker ebenfalls nicht zurückbleiben. Was Wunder, wenn nunmehr auch China und gar Persien seine Ansprüche auf einen ständigen Ratsitz geltend macht. China ist mit seinen 330 Millionen Einwohnern ungefähr 15 mal so stark wie die polnische Republik. Man sagt sich in Peking, was Polen recht ist, das ist uns billig. Eine Gegenargumentation dürfte wohl sehr schwer fallen, besonders deshalb, weil sie gerade den Beweis dafür liefern würde, daß die Zuerkennung weiterer ständiger Ratsitze über Deutschland hinaus an andere Nationen lediglich den Zweck hat, eine Phalanx gegen Deutschland zu bilden. Insofern hat die englische Presse recht, wenn sie nach wie vor von einer Intrige spricht, und wenn sie darauf hinweist, daß das Wettrennen nach ständigen Sitzen im Völkerbundsrat das Ansehen des Völkerbundes aufs Schwerste schädigen muß. Ja, wir sehen nicht an zu erklären, daß die Praxis, die Frankreich mit der Begünstigung polnischer Ansprüche emporgeschützt hat, den Völkerbund an den Rand des Abgrundes bringen kann.

Für Deutschland ist es eine besondere Genugtuung in der Abwehr einer derartigen Entwicklung die Gefolgschaft neutraler Staaten für sich buhen zu können, die mit Recht für sich in Anspruch nehmen können, den Gedanken der Völkerverständigung und den Arbeiten des Völkerbundes mit einer gewissen Selbstaufopferung gebiet zu haben. Es ist nicht zufällig, daß Schweden und Norwegen sich vor allen Dingen mit Deutschland in die Sorge um die künftige Gestaltung der Dinge auf dem Gebiete der internationalen Verständigung teilen. Dazu hat sich auch noch Holland gestellt, das den Protest Schwedens gegen die französisch-polnische Politik unterschrieben hat. Norwegen ist für seinen Teil noch weitergegangen, indem der norwegische Gesandte in London beim englischen Auswärtigen Amt vortrug, und den Standpunkt Norwegens dahin formulierte, daß neben Deutschland über keine weitere Zuerkennung eines ständigen Ratsitzes im Laufe der Märztagung des Völkerbundes entschieden werden soll. Es besteht also nach wie vor eine geschlossene Front gegenüber dem französisch-polnischen Anfinnen und der Unterstützung der Wünsche durch die englische Regierung.

Je länger die Unklarheit andauert, umso mehr muß man zu der Ansicht kommen, daß das französisch-polnische Vorgehen und die Zwiespältigkeit Englands aus ganz bestimmten

weitspannigen Bewegungen und Ereignissen herausgewachsen sind, die man der Reichsregierung gegenüber verschleiern hat oder die das deutsche Auswärtige Amt nicht rechtzeitig zu erkennen vermochte. Es ist immerhin interessant, daß auch der Generalsekretär des Völkerbundes, der sich doch bei seinem Berliner Besuch in völliger Übereinstimmung mit den deutschen Staatsmännern befunden haben soll, nunmehr ebenfalls beigestrichelt hat, und sich völlig im Kielwasser der Politik Chamberlains befindet. Drummond soll sogar noch viel weiter gehen, als der englische Außenminister, für uns nur ein Beweis dafür, daß man in diesem Spiel gegen Deutschland geschickt mit verteilten Rollen agiert. Es wäre zu begrüßen, wenn von deutscher Seite in dieser Entwicklung einmal ein offenes Wort gesprochen würde. Jedenfalls läßt sich in dieser Atmosphäre gegenseitiger Verdächtigungen keine gesunde Völkerbundsarbeit treiben, schon wird aus Genf gemeldet, daß hohe Beamte des Völkerbundes sich im Gegensatz zu dem Generalsekretär gestellt hätten. Aus Budapest und Belgrad erreichen uns Nachrichten, die eine betrübliche Enttäuschung in Jugoslawien und Rumänien melden, daß Polen Nachfolger der Tschechoslowakei als nichtständiges Ratsmitglied werden soll. Man ist also auf dem besten Wege, den ganzen Völkerbund in ein heilloses Durcheinander zu bringen, von dem sich dieses Gremium nicht allzu schnell erholen würde. Unter diesen Umständen ist es außerordentlich schwer, für uns in Deutschland ruhig Blut zu bewahren. Wir tun es in dem Bewußtsein, daß der deutschen Politik ihre Linie klar vorgezeichnet ist in dem Vertrauen, daß die Reichsregierung von dieser Linie nicht abweichen wird.

Mussolinis neueste Drohung

Gegen den germanischen Block — Annäherung an Frankreich

Der „Petit Parisien“ veröffentlicht eine außerordentlich lange Unterredung, die Mussolini dem römischen Berichterstatter des Blattes gewährt hat. Mussolini sprach ausführlich über die italienische Außen- und Innenpolitik, zunächst über die angebliche deutsche „Bedrohung“. Er wies auf die Hamburger Tagung des Reichstages hin, an der auch Reichspräsident Loh teilgenommen habe. Nach Mussolinis Ansicht ist diese Tagung nichts anderes gewesen als eine Fahnenparade des früheren preussischen Militarismus. Seine letzten Reden im Parlament seien nicht „impulsiv“, sondern wohlüberlegt gewesen. Mussolini lenkte ferner die Aufmerksamkeit auf die Zunahme der deutschen Luftfahrt. Besonders beunruhigt zeigte er sich über angebliche deutsche Nachflüge zwischen Berlin und Norwegen, und unterließ es nicht, die französische öffentliche Meinung auf die hier entstehende „Gefahr“ hinzuweisen. Zu den Verhältnissen in Tiroi erzählte Mussolini, für ein Gebiet von 250 000 Einwohnern seien bisher 24 000 Feuermehrleute vorhanden gewesen, die sämtlich bewaffnet gewesen und von der italienischen Regierung nun aufgelöst worden seien. Die „Italienisierung des Oberetschgebietes“ werde entschieden fortgesetzt. Die italienische Regierung bereite die Entsendung von 1000 Familien ehemaliger Frontkämpfer vor, die an der Grenze angesiedelt werden. Ich habe kürzlich eine Reise durch das „Oberetschgebiet“ gemacht. Dort war alles deutsch, Beamte, Lehrer, Klerus, Eisenbahnen und Post. Man sprach nur deutsch und sang Lieder, die, wenn man sie in Rom gelungen hätte, die sofortige Verhaftung der Sänger nach sich gezogen hätte. Überall ist der italienische Sprachunterricht jetzt verbindlich. Post- und Eisenbahnbeamte sind italienisch. Wir betreiben die starke Kolonisierung des Oberetschgebietes mit italienischen Familien. Wir werden Tausende Familien früherer Kriegsteilnehmer als Landwirte dort ansiedeln. In Meran haben wir in einer Städtchengebiete bereits 400 italienische Familien untergebracht und mehr als 100 Familien in einer Zirkelstadt. Wir werden das Land italienisieren. Es gibt Drohungen, gegen die man sich schützen muß. Die pan-germanische Drohung ist eine solche.

Zu den Beziehungen zwischen Frankreich und Italien betonte Mussolini, daß nach seiner Ansicht drei große nationale Gruppen in Europa vorhanden sind. Die erste sei die sogenannte lateinische, die zweite die germanische und die dritte die slavische. Frankreich und Italien, die zusammen 80 Millionen Seelen haben, könnten zusammen dem germanischen Block die Stirn bieten. Wenn aber Frankreich und Italien sich nicht einigten, sei die deutsche Gefahr wieder da.

Besonders bemerkenswert sind die Äußerungen Mussolinis über Tunis. Er regte ein neues französisch-italienisches Abkommen über das französische Schutzgebiet Tunis an. Bisher laufe das Abkommen zwischen Frankreich und Italien über das tunesische Gebiet nur von drei Monaten zu drei Monaten, das stillschweigend verlängert würde. Ein Abkommen auf längere Zeit würde aber die italienische Meinung sehr zugunsten Frankreichs beeinflussen. Mussolini zeigte sich ferner sehr empfindlich gegen gewisse Äußerungen der französischen Presse, die sich gegen den Faschismus und gegen Mussolini selber richteten. Er betonte, daß die englische Presse in Italien wenig gelesen werde. Anders sei es aber mit der französischen. Selbstverständlich betont Mussolini, daß der Faschismus in Italien weitere Fortschritte mache. Für 1926 seien 400 000 Anhängerarten ausgegeben worden, das heißt, 145 000 mehr als im letzten Jahr. Alles muß vom Staat abhängen und von ihm kontrolliert werden, so sagt er, angefangen von den Beamten bis zu den Banken, Rechtsanwälten und Ärzten.

Mussolini kam schließlich noch auf die Vermehrung der Völkerbundsratsitze zu sprechen und sagte, wie es in dem französischen Blatte heißt: „Ich habe dem polnischen Botschafter noch am Samstag versprochen, daß Italien Polen bei seiner Kandidatur für den Völkerbundsrat unterstützen wird. Polen solle gleich mit Deutschland eintreten und nicht nach ihm. Ebenso wie es mit Deutschland im gleichen Range in Locarno war.“

Der frühere Presseschef Mussolinis Cesare Rossi, der im Zusammenhang mit der Ermordung des sozialistischen Abgeordneten Matteotti verhaftet, dann aber wieder freigelassen, jedoch unter polizeiliche Aufsicht gestellt worden war, ist in einem Motorboot von Genua nach Nizza geflüchtet. Er soll beabsichtigen, wichtige Enthüllungen über Mussolini zu machen.

Deutschland.

Die Stellungnahme der sächsischen Regierung zur Fürstenabfindung.

Dresden, 27. Febr. Auf die telegraphische Anfrage der Reichsregierung an die Landesregierungen wegen der Fürstenabfindung weist, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, die Antwort der sächsischen Regierung darauf hin, die sächsische Regierung stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Auseinandersetzung mit dem vormalsigen Königshaus in Sachsen durch den am 25. Juni 1924 abgeschlossenen und vom Landtag genehmigten Vertrag erledigt sei. An diesen Vertrag sind beide Teile auf Grund des geltenden bürgerlichen Rechts gebunden.

Bombenausschlag bei Kattowitz

Stemianowitz, 27. Febr. Samstag nacht wurde auf das Hausgrundstück des Werkmehlers Arthur Hoppel abermals ein Sprengstoffattentat verübt. Die Detonation war so stark, daß sämtliche Fensterscheiben der Vorderseite des Grundstücks zertrümmert wurden und das Mauerwerk mehrere Risse erhielt. Hoppel wohnte allein auf dem Grundstück. Er befand sich in den oberen Räumen des Hauses und entging dadurch dem Anschlag.

Ausland.

Der polnisch-litauische Zwischenfall vor dem Völkerbund

Genf, 27. Febr. Der Delegierte Litauens beim Völkerbund protestiert namens seiner Regierung gegen die durch die polnischen Truppen erfolgte Verletzung der litauischen Gebiets-hoheit und verlangt die Intervention des Völkerbundes. Der polnische Völkerbundsdelegierte, dem das Schreiben der litauischen Delegierten mitgeteilt wurde, erklärte, das am 19. Februar von polnischen Grenzwachsoldaten besetzte Waldstück befinde sich auf polnischem Gebiet. Auch seien die polnischen regulären Truppen bei der Besetzung nicht beteiligt gewesen, da sie durch Polizeitruppen und zwar ohne Blutvergießen durchgeführt wurde.

Schlappheit des Kabinetts Briand

Paris, 27. Febr. Die Regierung hat bei der noch nicht beendeten Kammerdiskussion über das Budget-Zwölftel für den Monat März eine Niederlage erlitten: Sie ist bei der Diskussion über die Kredite für Syrien und Marokko in der Minderheit geblieben. Die Kommunisten hatten einen Antrag gestellt, Frankreich solle Marokko und Syrien sofort vollständig räumen. Die Sozialisten stellten einen Antrag, an den Krediten für Marokko und Syrien einen Abstrich von 1 Million Francs vorzunehmen. Dieser Antrag wurde mit 264 gegen 246 Stimmen angenommen.

